

Leserbriefe

Zum Tod von Kurt Waldheim

Der "Runde Tisch" im ORF zum Tod des Altbundespräsidenten war mit Zilk, Nußbaumer und dem ehemaligen Leiter von Kurt Waldheims Präsidentschaftswahlkampf die wahre Katharsis - befreiend und erlösend, da er die ungebrochene Verlogenheit großer Teile unserer Politik(er) so klar verdeutlichte. Möge Kurt Waldheim nun jene Gnade erfahren, die ihm seine Feinde so unbarmherzig im Leben verweigert haben . . .

Alf Gerd Fantur

1030 Wien

*

Anlässlich des Todes von Kurt Waldheim sind einige Feststellungen zu treffen:

1. Waldheim wurde zutiefst Unrecht getan, und ich bin überzeugt, dass ihm eine fernere Geschichte Genugtuung geben wird.

2. Der SPÖ war - im Angesicht des Verlustes der Funktion des Bundespräsidenten - jedes Mittel recht. Daher war es mehr als gerecht, dass 18 Jahre kein SPÖ-Mann dieses Amt innehatte. Zum Verhalten Vranitzkys heute sage ich nur: "Eine Million für nichts von der Bawag" gegen panisches Verhalten eines Verfolgten.

3. Eine ähnliche Haltung war im Wahlkampf 2006 zu beobachten. Die Attacken auf Wolfgang Schüssel hatten ähnlichen Charakter wie die gegen Waldheim, nur auf einer etwas anderen Ebene. Hier ging's leider nicht gerecht aus - aber jedes Land hat den Bundeskanzler, den es verdient!

Das sage ich als Kämpfer gegen den Antisemitismus und als ein Freund der großen Koalition! Meine sozialdemokratischen Freunde mögen mir verzeihen, aber die Wahrheit kann ganz einfach verschwiegen werden.

Franz Karl

1130 Wien

Waldheim - die Bilanz Zum Tagebuch von Andreas Unterberger, 15. Juni:

Es ist leider ein gängiges Prinzip: Während in der Justiz (theoretisch) der Grundsatz der Unschuldsvermutung herrscht, gilt in der öffentlichen Meinung das Gegenteil. Gerade bei psychologisch heiklen Anschuldigungen wie Nazi-Verbrechen gilt man oft als schuldig bis zum Beweis der Unschuld.

Eine Nazi-Vergangenheit zu haben, ist für die Generation Waldheims nichts Ungewöhnliches, auch wenn es keiner glauben will: Nicht jedes Mitglied der NSDAP oder der Wehrmacht war ein Schlächter.

Markus Theiner

1080 Wien

Gemeinde Wien kurbelt Inflation an

Die Gemeinde Wien hat laut Zeitungsberichten mit der Mehrheit der SPÖ-Abgeordneten beschlossen, Gebührenerhöhungen künftig automatisch an den Verbraucherpreisindex (VPI) zu binden.

Ich kann verstehen, dass die Partei die jeweils unpopulären Erhöhungen automatisieren will, um nicht jedesmal in die öffentliche Kritik zu kommen, aber die Bindung an den allgemeinen Verbraucherpreisindex ist meines Erachtens nicht tolerierbar.

Was haben die Parkgebühren, die Wassergebühr, die Wiener -Linien-Tarife und die Schwimmbad-Eintritte mit den Preisen von Brot, Milch, Schuhen, Handys, Digitalkameras, Unterwäsche, Urlaubsreisen oder den Wohnungsmieten, wie sie im VPI erfasst werden, zu tun?

Die Gemeinde Wien setzt mit ihrem Beschluss eine zusätzliche automatische Inflationsspirale in Gang, die allen Menschen in Wien und im übrigen Österreich schadet.

Selbstverständlich führt eine solche automatische Verteuerung der Lebenshaltungskosten in Wien auch bei privaten Unternehmen zu höheren Preisforderungen und bei Tarifverhandlungen zu höheren Lohn-Forderungen.

Eine automatische Gebührenanpassung darf sich doch nur auf einen speziellen Index stützen, der die speziellen kostenrelevanten Faktoren ermittelt!

Ich hoffe, ja erwarte, dass alle, die sich einen gesunden Menschenverstand bewahrt haben, energisch und wirkungsvoll gegen diesen Beschluss des Wiener Gemeinderates protestieren!

Dr. Alexander Micke

1190 Wien

"Wladimir Putin will eh nur spielen" Zur gleichnamigen Kolumne von Christian Ortner, 9. Juni:

Die Kolumne hat absolut ins Schwarze getroffen: Der Ex-KGB-Chef, der in den Kaukasus-Regionen seit Jahren gnadenlos Dörfer niederbomben und die nichtrussische Bevölkerung aus rassistischen Motiven ausrotten lässt, darf bei den Ewiggestrigen alles. Die bekanntlich auch schon zu Hitler, Stalin und dergleichen geschwiegen haben.

Manfred Schreiber

1190 Wien

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.